

Volkszeitung

№. 82. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich früh. An den Sonntagen wird die reichhaltige „Illustrierte Beilage zur Lodzer Volkszeitung“ beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 4.20, wöchentlich Zl. 1.05; Ausland: monatlich Zloty 5.—, jährlich Zl. 50.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Betrikauer 109
 Hof, Unt.
Tel. 36-90. Postkassenkonto 63.508
 Geschäftsstunden von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
 Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 5 bis 6.
 Fernschreiben des Schriftleiters 22-45.

Anzeigenpreise: Die Nebenspalte Millimeterzelle 10 Groschen, im Text die dreispaltige Millimeterzelle 40 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsanzeigen und Ankündigungen im Text für die Druckzelle 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeigen aufgegeben — gratis. Für das Ausland — 100 Prozent Zuschlag.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: **Alexandrow:** Winzenty Rómer, Porzeczewska 16; **Blaszkow:** B. Schwalbe, Stoderna 43; **Konstantynow:** S. W. Medrow, Długa 70; **Dzorkow:** Oswald Richter, Henstadt 505; **Kabianice:** Julius Wala, Cienkiewicz 8; **Tomaszow:** Richard Wagner, Bahnstraße 68; **Zdunsko-Wola:** Berthold Kluttig, Ziota 43; **Zgierz:** Eduard Stranz, Rynek Kilińskiego 13; **Zyrardow:** Otto Schmidt, Hielego 20.

Zur Verlängerung des polnisch-rumänischen Militärbündnisses.

Es ist bereits nicht mehr aktuell, von der Kleinen Entente als 'von einem zweckmäßigen Bündnisse zu sprechen. Den Anlaß zu ihrer Bildung hat die Furcht vor der Erstarkung Ungarns gegeben. Dies geschah in einer Zeit, wo den kleinen Alliierten schien, die Macht Frankreichs genüge, um ihre Rücken vor Deutschland zu schützen. Die Staaten der Kleinen Entente sahen, vor Deutschland geschützt, ihre Kampfaufgabe nur noch darin, die Rolle eines Gendarmen gegenüber Ungarn zu übernehmen. Im übrigen sah sich jeder der drei Staaten vor eigene Aufgaben gestellt, ohne die anderen kleinen Verbündeten zur Mitwirkung bewegen zu können. So hat Rumänien versucht, die Politik des Bundes auf ein gegen die Sowjetunion gerichtetes Bündnis umzustellen. Weder die Tschechoslowakei noch Jugoslawien wollten und konnten jedoch sich auf eine Politik festlegen, die in der Sowjetunion den zu bekämpfenden Feind sieht. Ist doch die Sowjetunion trotz allem die slawische Vormacht Europas für die Tschechischen und jugoslawischen Gefühle geblieben. Waren die Tschechoslowakei und Jugoslawien an den Sowjetisch-rumänischen Gegenständen nicht unmittelbar interessiert, so bildete eben diese Frage eine der Lebensfragen Polens. Solange Polen gegenbolshewistisch eingestellt war, konnte daher Rumänien viel von Polen, nichts von der Kleinen Entente erwarten. Allein die Entwicklung des letzten Jahres führte Polen dahin, eine Entspannung in seinen Beziehungen mit der Sowjetunion anzustreben. Es lag also im Interesse Polens, seine Beziehungen zu Rumänien gegenwärtig eher zu lockern, als zu festigen.

Die Lage komplizierte sich erst recht durch die verschiedene Stellung zu Deutschland. Gewiß sind die Staaten der Kleinen Entente und Polen auch durch die Furcht vor Deutschland verbunden. Eine deutsche Südostpolitik kann zu unliebsamen Machtverschiebungen im Donaubereich führen. Die Tschechei hat verstanden, diese Eventualität bei der Kleinen Ententepolitik nie ganz außer Acht zu lassen. Doch Rumänien und Jugoslawien wissen sich durch Deutschland zumindest nicht unmittelbar bedroht. Und selbst die Tschechei war schließlich zu vorsichtig, um ihrem polnischen Nachbarn in seiner deutschfeindlichen Politik in jedem Falle beizutreten. Was brachte nun Polen und die Kleine Entente immer wieder zusammen? Einen jeden der Beteiligten trieben seine eigenen Sorgen, verschieden von jenen der anderen, vor allem aber die Furcht vor Rußland und Deutschland. Um der unmittelbaren Vorteile willen hat sich also Polen in der Bukarester Militärkonvention auf die Staaten der Kleinen Entente festgelegt. Es hat wohl eine gewisse Unterstützung der Kleinen Entente Staaten gegen Deutschland im Kriegs- und im Friedensfalle erreicht, erkaufte dies aber vor allem durch er-

(Fortsetzung Seite 2.)

Protektionismus und Sejm

Sonderbare Geschäfte des Abg. Kwiatkowski.

(Von unserem Korrespondenten.)

In der gestrigen Sitzung des Sejms kam es zu einem unliebsamen Austritt zwischen dem Abg. Biniszewicz (P. P. S.) und dem Abg. Kwiatkowski von der Chadecja. Die Ursache des Zusammenstoßes bildeten die Verhandlungen der polnischen Regierung mit dem Harrimankonzern in Sachen des Verkaufes der Giesche-Werke (Oberschlesien) an Harriman. Der amerikanische Konzern ist bereit, 51 Prozent der Aktien der Giesche-Werke zu erwerben, wenn die polnische Regierung sich zu größeren Steuererleichterungen verstehen sollte. Da Korsanty und seine „rechte Hand“, Abg. Kwiatkowski, sich bereits mit dem Harrimankonzern verständigt haben, natürlich nicht zu ihrem Ungunsten, so suchten sie im Sejm alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Vorlage über die Unterstützung der Zinkindustrie durchzubringen. Abg. Kwiatkowski ging sogar so weit, den Abg. Kot von der P. P. S. zu überreden, der Kommissionsitzung fern zu bleiben, da er persönlich an der Beschließung der Vorlage interessiert sei. Kot tat seinem Kollegen einen Gefallen, und so war das Stimmverhältnis in der Kommission 11 zu 11. Die Deutschen hatten dagegen gestimmt, da die Begünstigung eines deutschen Werkes zuungunsten der übrigen deutschen Industrie Oberschlesiens ausgefallen wäre.

Abg. Biniszewicz wies auf die verderblichen Mittel hin, welche sich Abg. Kwiatkowski bedient habe. Abg. Kwiatkowski erklärte in

seiner Antwort, den Abg. Kot nicht überredet zu haben. Darauf erhob sich Abg. Kot und gab eine Erklärung ab, die die Ausführungen des Abg. Biniszewicz bestätigte.

Der Verlauf der Sitzung.

In der gestrigen Sejm Sitzung wurde die Debatte über das Budgetprovisorium für den Monat April fortgesetzt. Abg. Rymar wies als Berichterstatter darauf hin, daß für den Monat April 143 407 683 Zloty an Ausgaben vorgesehen sind, davon sind für Verwaltungsausgaben 142 846 023 Zloty bestimmt und für die Unterstützung der staatlichen Unternehmen 564 660 Zloty.

Die Abgeordneten Sochacki (Kommunist), Dombiski (Bauernverband) und Ballin (Unabhängige Bauernpartei) sprachen sich gegen die Annahme des Budgets aus. Nachdem noch Abg. Wasynczuk eine Erklärung gegen das Budget abgegeben hatte, wurde die Vorlage in 2. und 3. Lesung angenommen.

Darauf berichtete Abg. Jasiukowicz über die Vorlage betreffs Unterstützung der Zinkindustrie. Das Gesetz hat einen Ausnahmeharakter, denn es sieht größere Steuererleichterung für diesen Industriezweig vor, u. a. soll der Gesellschaft Giesche die Vermögenssteuer in Höhe von 30 Millionen Zloty erlassen werden, da nur auf diese Weise das amerikanische Harrimankonzern für den Kauf der Gieschezinkwerke zu gewinnen ist.

Während der Debatte über die Vorlage kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Abg. Biniszewicz (P. P. S.) und dem Abg. Kwiatkowski (Chadecja).

Da der Antrag des Abg. Paszucz (Kommunist) den 1. Artikel der Vorlage zu streichen, abgelehnt wurde, wurde die Vorlage in 2. Lesung angenommen.

Die nächste Sitzung des Sejms findet am 20. April statt.

Das Gezänk der Militaristen.

Ein offener Brief des Generals Szeptycki gegen Pilsudski. — General Szeptycki sucht um seine Dimission nach.

(Von unserem Warschauer D-Korrespondenten)

Wir hatten bereits des öfteren Gelegenheit, auf das Gezänk der polnischen Generale unter sich hinzuweisen. Seitdem Marschall Pilsudski durch Artikel und Reden gegen seine Gegner ins Feld gezogen ist, beginnt es auch im Lager der Gegner sich zu regen.

Pilsudski, der in seiner Ausdrucksweise nicht gerade wählerisch ist, hat den Zorn der hohen Generallität, die unter Führung der ehemaligen Kriegsminister Sikorski und Szeptycki steht, auf sich geladen. Pilsudskis Kampf ist nicht ohne Erfolg geblieben. Kriegsminister Sikorski mußte weichen und einem Pilsudski-Anhänger Platz machen. Und was die Rückkehr Pilsudskis in den aktiven Dienst anbelangt, so ist dies nur eine Frage der Zeit.

Worum geht das Gezänk? Pilsudski wirft seinen Gegnern, besonders aber den Generalen Sikorski und Szeptycki vor, daß sie durch die Gesetzesvorlage über die Reorganisation der höchsten Ämter in der Armee ihm den Wiedereintritt in die Armee versperren wollen.

Die Gegner wiederum weisen darauf hin, daß Pilsudski den schmachvollen Rückzug im Juli 1920 verschuldet habe und unfähig sei, den höchsten Posten in der Armee, den eines Marschalls, auszufüllen. Das sind die Ursachen des Gezänks. Selbstverständlich pocht jeder auf seine Ehre und seine Fähigkeit und verfolgt

dabei das Ziel, den größten Einfluß im Heere zu gewinnen.

Das letzte öffentliche Auftreten des Marschalls hatte eine besonders scharfe Spitze gegen den General Szeptycki. Dieser General, in seiner Ehre angegriffen, richtete an den Kriegsminister Jeligowski einen offenen Brief, in dem er darauf hinweist, daß die wahren Ursachen des Rückzuges sowie die Schuldigen aus dem Buche „General Szeptycki, die litauisch-weißrussische Front“ zu ersehen sind. Zum Schluß bittet der General, ihn auf eigenen Wunsch aus dem aktiven Dienst scheiden zu lassen, da er nicht länger die Uniform tragen könne, die der erste Marschall Polens nicht zu ehren versteht.

Man darf gespannt sein, ob der Staatspräsident die Dimission bewilligen wird.

Paul Boncour kommt nach Polen.

Paul Boncour, der Vertreter Frankreichs im Völkerbund, kommt morgen nach Polen und wird hier die Osterferien hindurch weilen. Boncour wurde von den polnischen Freunden des Völkerbundes eingeladen.

neute Verpflichtungen gegenüber Rumänien und durch erneute Verfeindung mit der Sowjetunion.

Diese erneute Verstrickung der polnisch-rumänischen Schicksale durch die vor einigen Tagen erfolgte Verlängerung des Militärbündnisses ist deutlich aus der Kommentierung der Bukarester Konvention in Polen und in Rumänien ersichtlich. Sejmadgeordneter Stronski äußerte sich wie folgt über die Konvention: „Der Vertrag von Locarno ist für Polen unbefriedigend. Dies ist auch für Rumänien von Bedeutung, denn wenn der Versailler „Vertrag“ einmal in Frage gestellt wird, weiß man nicht, wo er aufhört. Man muß darin übereinstimmen, daß hier eine Gefahr besteht, die alle gleichzeitig bedroht.“ Wie sich die polnischen Äußerungen gegen Deutschland wenden, so wollen die rumänischen den Schwerpunkt des Bukarester Bündnisses in der polnisch-rumänischen Gemeinschaft gegenüber der Sowjetunion wissen.

Beide Teile haben recht und die Sowjetische Diplomatie hat diese Schlussfolgerung unverzüglich gezogen. Die Sowjetpresse warnt auffallend scharf die baltischen Staaten, sich in keine politischen Bündnisse unter Führung Polens gegen die Sowjetunion einzulassen und sich mit der Rolle des friedlichen wirtschaftlichen Vermittlers zu begnügen.

So hat die Verlängerung des Militärbündnisses mit Rumänien die Stellung Polens eher geschwächt und der Zweifrontendruck, von dem sich die Fürsprecher der polnischen Ostorientierung schon ziemlich frei fühlten, macht sich wieder ziemlich beklemmend bemerkbar. ***

Die P. P. S. zum Kompromiß.

(Von unserem Warschauer D-Berichterstatter.)

In den parlamentarischen sozialistischen Kreisen wird der Kompromiß, der in Anlehnung an den Aprilbudgets geschlossen wurde, nur als zeitweilig betrachtet, der das weitere Los der Koalitionsregierung keineswegs entscheidet. In der vorgestrigen Sitzung des parlamentarischen Klubs der P. P. S. wurde der Bericht der sozialistischen Minister zwar angenommen und ihnen das volle Vertrauen ausgesprochen, aber gleichzeitig wurde den Vertretern der Partei in der Budgetkommission befohlen, zum Budget Verbesserungen einzureichen, die weiter gehen, als der geschlossene Kompromiß es zuläßt.

Der Abbau hat begonnen.

(Von unserem Korrespondenten.)

Mit dem morgigen Tag werden 800 Beamtinnen des Kriegsministeriums entlassen. Schon seit einigen Monaten wurde die Angelegenheit der Reduktion vorbereitet und sie betrifft in erster Linie die verheirateten sowie die finanziell besser gestellten Beamtinnen.

Auch im Polizeiwesen sollen weitgehende Ersparnisse gemacht werden. In der litauischen Grenzzone werden 2000 höhere und niedere Funktionäre entlassen werden. Im Warschauer Kreise wurden 135 Polizeibeamten abgebaut, darunter 80 höhere Funktionäre.

Weitere Reduktionen in anderen Ressorts sind zu erwarten.

Aus der nationalen Gesellschaft.

Ein Spitzel der russischen Džhrana als Sejmadgeordneter.

In der Chronik unseres Sejms blieb die plötzliche Niederlegung des Mandats des Abgeordneten Mieczyslaw Rudnicki vom Nationalen Volksverband längere Zeit ein Geheimnis. Es war nur bekannt, daß der Abgeordnete infolge eines Auspruches des Ehrengerichtes zurückgetreten sei, der Grund blieb jedoch unbekannt. Die ganze Angelegenheit wurde bald vergessen. Nach längerer Zeit küstete jedoch Rudnicki, der zur Pflastergruppe überging, Gymnasialprofessor und Redakteur des „Wielunianin“ wurde, selbst den Schleier dieses Geheimnisses u. zw. im Warschauer Appellationsgericht. Auf der Anklagebank saß der Redakteur des „Togodnik Wielunski“, Bohdan Konopacki, der angeklagt war, Rudnicki in seiner Zeitung des bezahlten Spionagedienstes zugunsten der russischen Gendarmerie bezüchtigt zu haben. Rudnicki soll der russischen Gendarmerie die politische polnische Jugend verraten haben, indem er 1917 in Odessa ein bezahlter Konfident dieser Polizei war. Rudnicki, der in Odessa als Professor der polnischen Literatur mit der polnischen Jugend in stetem Kontakt stand, verriet der Gendarmerie die Legionisten, die Mitglieder der Polnischen Militärorganisation (P. O. W.) und die unabhängige polnische Jugend, welche die Moskauer Gefängnisse füllte.

Aus der Karikaturenmappe.



Senator Boleslaw Dimanowski der Nestor der polnischen Sozialisten, ist 91 Jahre alt.

Die skandalöse Affäre kam zutage, als das Mitglied der russischen Džhrana, Sadowski, demaskiert wurde. Letzterer erklärte bei Zeugen, daß Rudnicki der Hauptinformator der Gendarmerie sei. Der damals anwesende Rudnicki empörte sich über derartige Äußerungen. Sadowski jedoch zog aus der Tasche ein von Rudnicki unterschriebenes Papier, das die polnische Jugend bei der russischen Polizei denunzierte.

Der als Zeuge geladene Senatsmarschall Trompczynski erklärte, von dem verstorbenen Abg. Seyda erfahren zu haben, daß die Rudnicki gemachten Vorwürfe auf Tatsachen beruhen. Infolgedessen sprach das Appellationsgericht den Redakteur Konopacki von der Anklage frei.

Der Ansturm der Reaktion.

Der Kampf gegen die sozialen Errungenschaften.

In der gestrigen Budgetkommission des Sejms wurde die Debatte über das Budget des Arbeitsministeriums eröffnet. Der Referent Abg. Wittner (Ch. D.) machte darauf aufmerksam, daß das Budget des Arbeitsministeriums vom Gesichtspunkte der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis aus betrachtet werden und daß man in folgedessen sich nicht nur über die Höhe des Budgets, sondern auch über die Zweckmäßigkeit der Ausgaben klar werden müsse. Die Ausgaben für die Arbeitslosen werden nicht zweckmäßig verwendet, da das Ministerium die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht bekämpft. Infolge unserer sozialen Gesetze über die Arbeitszeit und über die sozialen Versicherungen ist die Volkswirtschaft mit Ausgaben in der Höhe von 750 Millionen belastet.

Nach dem Bericht ergriß Arbeitsminister Ziemienci das Wort, der die ihm vom Referenten gemachten Vorwürfe zurückwies und betonte, daß das Arbeitsministerium keine Parteipolitik führt. Die allgemeinen Grundsätze über die Krankentassen müssen bestehen bleiben. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müsse das System der Notstandsarbeiten eingeführt werden.

Die Minderheiten sollen mundtot gemacht werden.

Durch die Verringerung der Zahl der Abgeordneten und neue Wahlkreisombinationen.

Der Nationale Volksverband hat bekanntlich ein Projekt über die Abänderung der Sejms- und Senatswahlordnung ausgearbeitet, nach welcher die Zahl der Sejmadgeordneten auf 222 und die der Senatoren auf 50 herabgesetzt werden soll.

Gegenwärtig haben auch die Christlichen Demokraten ein Gesetzesprojekt über die Abänderung der Wahlordnung im Sejm eingereicht. Das Projekt führt in die gegenwärtige Wahlordnung verschiedene Änderungen ein. Zu den wichtigsten gehören: Verringerung der Zahl der Abgeordnetenmandate und Einführung der Abhängigkeit der Anzahl der Mandate, welche auf die einzelnen Kreise fallen, von der Wählerzahl im Jahre 1922. Anstatt der gegenwärtigen 444 Abgeordneten sollen nur 320 gewählt werden, von denen 60 auf die Staatsliste entfallen. Für die Wahlkreise mit Minderheitenbölckern soll der Wahlkreis ganze Wojewodschaften umfassen. Die Wojewodschaft Stanislawow würde dann 5 Abgeordnete, die Larnopoler 6, die Wolhynier 8, Polesie 5, die Wojewodschaft Nowogrudek 7 und die Wilnaer 6 Abgeordnete wählen.

Der Senat würde sich aus 80 Mitgliedern zusammensetzen, von denen 65 in Kreisen und 15 von der Regierungsliste gewählt würden.

Der große Mandatshandel hat also begonnen. Die „Dubadecja“ (Monarchisten) haben ebenfalls ein Projekt einer neuen Wahlordnung ausgearbeitet, jedoch bis jetzt dem Sejm noch nicht eingereicht.

Die Dubadecja will 300 Abgeordnete haben, ohne jedoch die Wahlkreise zu beschränken. Das ganze Land soll den Wahlkreis bilden und aus ganz Polen fallen die Stimmen in einen Topf. Dabei sollen aber nur diejenigen Parteien Mandate erhalten, die mindestens 100 000 Stimmen erhalten haben werden.

Dieses Projekt scheint wahrscheinlich die Kompromißformel der drei Chienaparteien zu sein.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Regelung der Arbeitslosenfrage.

In Berlin wurden die deutsch-polnischen Verhandlungen in Angelegenheit der Behandlung der Arbeitslosen in beiden Staaten aufgenommen. An der Spitze der polnischen Delegation steht Dr. Dalbor und der Delegierte des Arbeitsministeriums, Jerzy Drocki. Die deutsche Delegation führt der Generalkonsul May an. Beide Delegierten machten sich mit dem Standpunkt der Gegenpartei bekannt, worauf beschlossen wurde, nach den Osterfeiertagen die weiteren Arbeiten aufzunehmen.

Das neue rumänische Kabinett

General Averescu hat das neue Kabinett gebildet. Der Bestand ist folgender: Yoga — Inneres, Militäres — Außen, Labadaru — Finanzen, General Mircescu — Krieg, Coanda — Industrie, Gen. Banea — Verkehr, Petrowici — Arbeitsminister, Cadalbu — Justiz, Rogulescu — Luftklärung, Goldis — Religion, Garoslid — Landwirtschaft, Lupas — Gesundheit, Niha — Minister für Beharabien. Heute findet die Vereidigung des neuen Kabinetts statt.

Protest gegen die Marokko-Kredite.

Als die am letzten Sonntag gewählten beiden kommunistischen Abgeordneten in den Saal traten, begannen die anwesenden Kommunisten die „Internationale“ zu singen. In den Reihen der Rechten erklangen die Rufe: „Schmach!“ Herriot unterbrach infolgedessen die Sitzung. Nach der Unterbrechung schritt man zur Diskussion über die Kredite für Marokko und Syrien. Mit 268 gegen 265 Stimmen wurde der sozialistische Antrag angenommen, der die Streichung einer Million Franken von den Krediten für Marokko und Syrien als Protest gegen die Politik und Aktion der Regierung fordert. Diese Abstimmung, die nur als eine Art Manifestation anzusehen ist, wird jedenfalls keinerlei bedeutende Folgen nach sich ziehen.

Kommunistischer Sieg in Paris

Niederlage der französischen Chauvinisten.

Das offizielle Ergebnis der Stichwahlen im zweiten Pariser Sektor ist folgendes: Die Kommunisten wurden gewählt, ihre nationalistischen Gegner sind geschlagen. Ducloux, Kommunist, erhielt 63 256 Stimmen (gewählt), Fournier, Kommunist, 63 126 Stimmen (gewählt), während die Vertreter des nationalistischen Blocks Reynaud nur 61 718 Stimmen und Karillis 61 338 Stimmen auf sich vereinigten konnten. Die von dem rechten Flügel der Radikalen aufgestellten Kandidaten erhielten etwa 7000 Stimmen. Das Wahlergebnis ruft in Paris großes Aufsehen hervor und wird lebhaft besprochen.

Nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses veranstalteten Anhänger der Rechtsparteien eine große Demonstration gegen die Kommunisten. Als die Demonstranten zum Palais des Präsidenten vordringen wollten, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei ein Student getötet wurde. Unter den Demonstranten wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Der Bürgerkrieg in China.

Nach einer Havasmeldung aus Schanghai tritt der Bürgerkrieg in China jetzt in eine wichtige Phase. Die Mandschutruppen, die Tientsin eingenommen hatten, marschierten auf Peking längs der Eisenbahnstrecke, während die Kavallerie des Marschalls Tschangtschun von Osten kommend, gegen die chinesische Hauptstadt vorrückte. Im Süden rückte Marschall Wupeifu, nachdem er die nationalen Truppen aus der Provinz Honan vertrieben habe, gleichfalls gegen Peking an. Nach Nachrichten aus japanischer Quelle soll Tschangtschun nicht beabsichtigen, die Feindseligkeiten fortzusetzen, sobald Peking erobert sei, aber Wupeifu habe die Absicht, Expeditionen gegen Kanton und gegen Kalgan zu organisieren. Kalgan sei jetzt das Hauptquartier der Armee der Nationalpartei. Die Nachricht Wupeifus soll infolge eines in Tschang Cha von Truppen bolschewistischer Richtung ausgeführten Handstreiches bedroht sein. Ein Teil dieser bolschewistischen Truppen rückte gegen Norden vor, und sei wahrscheinlich die Vorhut einer gegen Hantau geführten Expedition.

Korbball.

Hellas I - Hertha II.

Beide Mannschaften treten in ihrer augenblicklich besten Befehung auf. Die Seminaristen bedrängen des Gegners Tor, doch „Hertha“ verteidigt sich tapfer. Nach hartem Kampf siegt die „Hertha“-Mannschaft mit 24 : 7 Punkten.

B. Klasse. Mädchengymnasium von Prysiwiez - Lehrerinnen-Seminar 18 : 27 (3 : 15)

Das Lehrerinnen-Seminar siegt nach hartem Kampfe. Das Zusammenspiel ließ bei beiden Mannschaften viel zu wünschen übrig. Schiedsrichter Jęgorow.

B. Klasse. Kopernik-Gymnasium - Städtische Handelsschule 20 : 27 (15 : 12)

Diese Mannschaften zeigten ein schönes Zusammenspiel, doch mangelt es am „Servieren“ und Kampfesontine. Schiedsrichter Robakowski.

A. Klasse. Gymnasium „Dziwna“ - Städtische Handelsschule 30 : 22 (15 : 11)

Beide Mannschaften traten in ihrem besten Bestande auf. In Anbetracht des schönen Zusammenspiels und der Routine, die beide Mannschaften besitzen, konnte man mit Recht von einer sportlichen „Delikatess“ sprechen. „Dziwna“ siegt nach hartem Kampfe mit 30 : 22 Punkten. Ein guter Schiedsrichter war Stempel.

Realschule von Wisniowski - Deutsches Anaberggymnasium 20 : 23 (15 : 8)

Nach längerem Kampfe siegen die Gymnastiken über das Wisniowski-Gymnasium, doch standen die letzteren dem Gegner um Nichts nach. Ein schönes Zusammenspiel zeichnete beide Mannschaften aus.

Kopernik-Gymnasium - Gymnasium Braun 30 : 6 (15 : 4)

Die Kopernik-Schule errang einen leichten Sieg über das Braunsch Gymnasium. Mehr Training würde den letzteren sehr zugute kommen; denn solch ein schlechtes Spiel sieht man nur selten. Schiedsrichter Stempel.

Der Lodzzer Korbballmeister „Hertha“ hat den Krakauer Meister (V. M. C. A.) eingeladen, um einige Wettspiele mit diesem auszutragen. Auf diesen sportlichen Hochgenuss werden wir unsere geschätzten Leser noch aufmerksam machen.

Aus dem Reiche.

Krankentassenwahlen in Pabianice.

In der Kreiskrankenkasse von Pabianice ist die dreijährige Kadenz des Rates derselben abgelaufen. Die Verwaltung hat die Neuwahlen auf den 6. Juni l. J., in der Zeit von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends festgesetzt.

Es ist Pflicht eines jeden Krankentassenversichererten, an der Wahl teilzunehmen, um der Kasse, die sich heute in einer äußerst schwierigen finanziellen Lage befindet, eine gute Verwaltung zu geben.

Die Wählerlisten liegen zehn Tage zur Einsicht und Kontrolle aus. Jedes Mitglied muß in der Zeit bis zum 5. April, also bis zum dritten Osterfeiertage, in die Listen Einsicht nehmen, um eventuelle Namensverfälschungen oder Weglassung des Namens nachtragen zu lassen. Wer dies nicht tut, kann sein Stimmrecht verlieren und dadurch seinen Einfluß auf den Ausgang der Wahl.

Die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei nimmt an den Wahlen mit eigener Liste teil, um den deutschen Werkstätten die ihnen gehörende Vertretung zu sichern.

Es erfülle daher jeder durch Einsichtnahme in die Listen seine Pflicht.

Konstantynow. Regulierung des Nerflusses. Der Ner fließt auf einer Strecke von 3,5 Kilometer durch städtisches Gebiet. Im Frühjahr steigt der Fluß aus den Ufern und überschwemmt die

städtischen Grundstücke, wodurch den einzelnen Einwohnern erhebliche Schäden entstehen. Infolgedessen hat der Magistrat von Konstantynow beschlossen, sofern die Stadt die Staatsanleihe erhält, sogleich die Regulierung des Flusses und Erhöhung des Nerufers auf einer Strecke von einem halben Kilometer vorzunehmen. (u)

Jahresversammlung der D. S. A. P. Sonntag, den 28. März, fand die Jahresversammlung der Ortsgruppe der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens statt. Nach den Berichten des Vorsitzenden Hoffmann, des Kassierers Jende und der Kontrollkommission (Eiertuchen), wurde dem Vorstande Entlastung erteilt. In den neuen Vorstand wurden gewählt: als erster Vorsitzender Heibrich, zweiter Vorsitzender Hoffmann, erster Schriftführer Riemann, zweiter Schriftführer Kleinstäuber, erster Schriftführer Gellert, zweiter Schriftführer Schudlich, als Beisitzer Jende Artur, Grams und Holz. In die Kontrollkommission wurden gewählt: Eiertuchen, Schüler, Kreschel und als Ersatzmann: Hiny. Nach Erledigung der Tagesordnung berichtete Gen. Kociolek, als Vertreter des Hauptvorstandes, über die Tätigkeit der Partei seit dem letzten Parteitage. Gen. Heibrich schloß die gut verlaufene Versammlung mit einem Appell an die Mitglieder, dem neuen Vorstande in seinem Bestreben, für die Ortsgruppe das Beste zu leisten, volle Unterstützung angedeihen zu lassen.

Alexandrow. Theaterabend. Am zweiten Osterfeiertag wird von der dramatischen Sektion des Männergesangsvereins „Polihymnia“ im Saale des Herrn Glücksmann, Parzenczowka-Straße, die musikalisch und inhaltlich gleich herrliche Operette in 3 Akten „Verliebte Leute“, Text und Musik von Georg Meißner, auf allgemeinen Wunsch zum zweiten Male in Alexandrow aufgeführt. An der Operette wirken außer dem Vereinsorchester 26 Personen mit. Nach der Auführung Tanzkränzchen. Die Aufführung beginnt punkt 6 Uhr nachm., damit auch recht viele auswärtige Gäste daran teilnehmen können. Vorverkauf der Billetts bei Herrn Theodor Schulz, Ogrodowastraße 11.

Penczyna. Ein Kind verbrannt. Die Einwohnerin von Janow, Jozfa Wrublewka, ging vorgestern früh zum Brunnen nach Wasser und ließ ihr zweijähriges Töchterchen Katarzyna allein in der Wohnung. Das Kind spielte mit einer Zeitung. Es steckte das Papier in das Ofenloch, um es anzuzünden. Die Flammen erfaßten aber die Kleider des Kindes. In wenigen Augenblicken war es in Flammen gehüllt. Der stidende Rauch verhinderte das arme Geschöpf am Schreien. Als die Mutter hereinkam, fand sie nur eine verkohlte Leiche vor.

Wielun. Eine Rabenmutter. Die 18jährige Anna Poplonska, Tochter eines reichen Landwirts, gebar ein uneheliches Kind. Auf Anraten ihres Geliebten, Stefan Jasiniski, vergrub sie ihr Kind lebend. Nach einigen Tagen wurden die Eltern der Poplonska auf den Stubenhund aufmerksam, der an einer Stelle ein größeres Loch gekratzt hatte und an einem Gegenstand zerrte. Sie eilten herzu und fanden in der Grube die Leiche des kleinen Kindes. Die unermenschliche Mutter wurde verhaftet. Jasiniski flüchtete.

Radomsko. Feuer. Durch unvorsichtiges Umgehen mit Feuer entstand im Hause des Landwirts Adam Rusik in Szczytkowice Feuer. Da keine Rettungsmöglichkeiten vorhanden waren, brannte das ganze Anwesen nieder. Der entstandene Schaden beziffert sich auf 14 000 Zloty. Durch einen herabstürzenden brennenden Balken wurde Rusik erheblich verletzt und mußte nach dem Krankenhause in Radomsko gebracht werden.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens. Sitzung des Hauptvorstandes.

Heute, den 31. März, um 7 1/2 Uhr, findet im Lokale der Redaktion eine Sitzung des Hauptvorstandes statt. Mit Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung ist das vollzählige

und pünktliche Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Der Vorsitzende.

Achtung Sänger! Ortsgruppe Lodz-Zentrum. Die Gesangskunde findet am Freitag, am punkt 6 Uhr abends, im Parteilokale, Zamenhosa 17, statt.

Ortsgruppe Lodz-Süd, Bednarzka-Straße. Morgen, Donnerstag, d. 1. April, pünktlich 7 Uhr abends, findet im Parteilokale eine Sitzung des Fektomitees statt. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Ortsgruppe Zdunsko-Wola.

Generalversammlung. Am 21. I M. fand die diesjährige Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe der D. S. A. P. statt, die von Gen. B. Kluttig eröffnet und geleitet wurde. Als Beisitzer fungierten A. Schulz und F. Grün. Adolf Hennig berichtete in einem längeren Referate über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Hierauf erstattete der Versammlungsleiter einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe und gab Aufschluß über den gegenwärtigen Rassenbestand. Nachdem noch 2 Vorträge über „Parlamentarische Geschäftsordnung“ (Gen. E. Dppeli) und „Die Bedeutung der D. S. A. P.“ (Gen. F. Grün) gehalten worden waren, schritt man zur Wahl der neuen Verwaltung, die folgenbermaßen aussiel: 1. Vorsitzender - A. Winkler, 2. Vorsitzender - F. Grün, Sekretäre - B. Kluttig und E. Dppeli, Rassenwarte - E. Weissenburg und A. Dburzalski, Beisitzer - A. Seidl, A. Friische, D. Schönrod. In die Revisionskommission wurden G. Rohmann, A. Dppel und A. Schulz gewählt.

Warschauer Börse.

Table with columns: Dollar, 29. März, 30. März. Rows: Belgien, Holland, London, Neuyork, Paris, Prag, Zürich, Italien, Wien.

Auslandsnotierungen des Zloty.

Table with columns: London, Zürich, Berlin, etc. Rows: London, Zürich, Berlin, Auszahlung auf Warschau, Kattowitz, Polen, Danzig, Auszahlung auf Warschau, Wien, Scheds, Banknoten, Prag, Paris, Riga.

Züricher Börse.

Table with columns: 27. März, 30. März. Rows: Warschau, Paris, London, Neuyork, Belgien, Italien, Berlin, Wien, Spanien, Holland, Kopenhagen, Prag.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: St. L. Krl. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauerstraße 109.

Lodzzer Deutscher Schul- und Bildungsverein. Novitäten-Abend. Montag, am 2. Osterfeiertag, 7 1/2 Uhr abends, im Saale des Männer-Gesangsvereins, Petrikauerstr. 243. „Gräfin Mariza“ Operette in 3 Akten von F. Brammer und A. Grünwald. Musik von E. Kalman. Solisten: Ruth Rene, Julius Kerger, Mimi Anders, Max Anweiler, Ehepaar Zerbe, A. Heine etc. 36 Mann Orchester. 40 Personen Chor. Neue Dekorationen und Kostüme. Tänze: Ballettmeister Majewski. Gesamte künstlerische Leitung und Einstudierung: Kapellmeister Josef Stabernat. Karten-Vorverkauf in der Drogerie des Herrn Dietel, Petrikauerstr. 157, am 1. und 2. Osterfeiertag von 12-2 Uhr nachm. und am Tage der Aufführung ab 5 Uhr an der Kasse des Saales.

Kirchliche Nachrichten. Passionsvesper am Gründonnerstage. Am Gründonnerstage, den 1. April, abends 8 Uhr, findet in der St. Johannisikirche die letzte feierliche Passionsvesper statt. Den musikalischen Ausbau dieser Vesper hat der Gesangsverein der Bildergemeinde unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Julius Nagke übernommen. Dieser Gesangsverein trägt vor: 1) „Christus ward gehoriam“ von G. Scherl; 2) „Voll Blut und lauter Wunden“ von Edgar Lenel. Außerdem wird Herr Prof. Lürner ein Präludium von Albrechtsberger vortragen. Herr Prof. G. Leschner spielt die „Andacht“ von D. Popper. Auch wird die „Ravatine“ aus dem Oratorium „Paulus“ von Mendelssohn-Bartholdy vortragen: Sopran solo: Frau L. Dreying; Cello: Herr Prof. G. Leschner und Orgel: Herr Prof. Lürner. Das Thema der Wortverkündigung lautet: „Der schwere Gang“. An den Kirchentüren sind Liedertextzettel für eine freie Liebesgabe zugunsten der St. Matthäikirche zu haben. Die Gesangsbücher bitte ich mitzubringen. Jedermann ist freundlich eingeladen, an der Vesper teilzunehmen. Pastor J. Dietrich. Reiferei-Gehilfe mit Doppeltreiber vertraut, wird zur Beaufsichtigung der Nachtschicht per sofort gesucht. Zu melden von 8 bis 9 Uhr früh Meje 1-go Maja Nr. 46.

Krankheiten des Lodzzer Proletariats.

Der Leiter des statistischen Amtes beim Magistrat, Herr Eduard Rossel, hat ein „Statistisches Jahrbuch der Stadt Lodz“ herausgegeben, in welchem er über die Lodzzer Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse, über den Gesundheitsstand der Bevölkerung, den Alkoholismus usw. schreibt.

Im 4. Abschnitt dieses Buches wird die Tuberkulose behandelt. Zur Verbreitung der Tuberkulose trägt in großem Maße die Degeneration der Bevölkerung bei. Auf dem Gebiete der Bekämpfung dieses sozialen Übels hat sich in hervorragender Weise Dr. Severin Sterling verdient gemacht. Die statistischen Untersuchungen des Herrn Rossel erleuchten in weitem Maße die Aktion der Lodzzer Selbstverwaltung hinsichtlich der Tuberkulosenbekämpfung. Die Tuberkulose umfaßt alle Gesellschaftsklassen, aber am stärksten zeigt sie sich in den Reihen der wenig Bemittelten, weshalb sie auch „Proletarierkrankheit“ genannt wird. Der Krankheitsherd ist ja stets in der Arbeiterklasse zu suchen, deshalb hat auch die Tuberkulose in Lodz — dem Industriestadt — einen sehr großen Umfang angenommen. Die Folge davon zeigt sich in der erschreckend hohen Zahl der Sterbefälle.

Im Jahre 1909 entfielen in Lodz auf 10000 Einwohner 38,9 Todesfälle infolge Schwindsucht, wogegen die Verhältniszahl in anderen Städten wie folgt betrug: Berlin — 17,8, Manchester — 16,5, Kopenhagen — 13,2, Rom — 12,5. Wie hieraus ersichtlich, überschreitet in Lodz die Sterblichkeit den normalen Stand. Während des Weltkrieges vergrößerte sich die Sterblichkeit um so mehr. Der Grund ist in der Unterernährung, die man als Begleiterscheinung des Krieges ansehen kann, zu suchen. So kommen laut statistischen Daten auf 10000 Einwohner im Jahre 1915 — 59,2; 1916 — 76,2; 1917 — 92,5; 1918 — 81 Todesfälle infolge der Tuberkulose.

Das Entsetzliche dieser Ziffern wird begreiflich, wenn wir sie mit der Zahl der Todesfälle in anderen Städten vergleichen. Wir haben oben gesagt, daß in einer Reihe anderer europäischer Städte die Zahl der Sterbefälle infolge Schwindsucht auf 10000 Einwohner 10—18 betrug.

Aus der statistischen Zusammenstellung, die der Autor beifügt, ist ersichtlich, daß sich die Sterblichkeit in der Nachkriegszeit verringert hat. Am verhältnismäßig günstigsten war das Jahr 1921, wo die Verhältniszahl auf 27,4 gesunken ist. Aber diese Zahl kann keineswegs als Ausdruck der normalen Lodzzer Verhältnisse angesehen werden. Die unmäßige Sterblichkeit in den Kriegsjahren hat die Reihen der Schwindsüchtigen stark gelichtet, zugleich auch die mitnehmend, die zum Aussterben in den späteren Jahren bestimmt waren. Infolge dieses Ausmaßes von Sterblichkeit im Kriege, war die Verhältniszahl im Jahre 1921 geringer. In den nächsten Jahren beobachtet man schon wieder eine gewisse Steigerung der Todesfälle. Gegenwärtig ist sie doppelt so groß wie in Preußen. In Lodz war im Jahre 1918 jeder dritte, in den Jahren 1920—24 jeder 24. Todesfall auf Tuberkulose zurückzuführen.

Wenn wir betrachten, in welchen Altersgrenzen der Menschen der Prozentsatz der Sterblichkeit infolge Tuberkulose am größten ist, so finden wir, daß im 20.—30. Lebensalter die Todesfälle am häufigsten vorkommen. In diesem Alter erfolgt fast jeder 2. Todesfall durch Tuberkulose. Einen gleichfalls großen Prozentsatz der Sterbefälle stellen wir bei den 30—40 jährigen fest. In der Gruppe von 40—50 Jahren erfolgt jeder 3. Todesfall infolge Tuberkulose. Fast jeder 5. Todesfall ist in den Gruppen von 50—60 Jahren anzutreffen.

Auf Grund des statistischen Materials stellt der Autor weiter fest, daß die Tuberkulose in weit höherem Maße die christliche als die jüdisch-orthodoxe Bevölkerung befällt. Zur Illustration führen wir an, daß in den Jahren 1922—24 unter der christlichen Bevölkerung von Lodz jeder 5. Todesfall auf Tuberkulose zurückzuführen war, während dasselbe unter der jüdischen

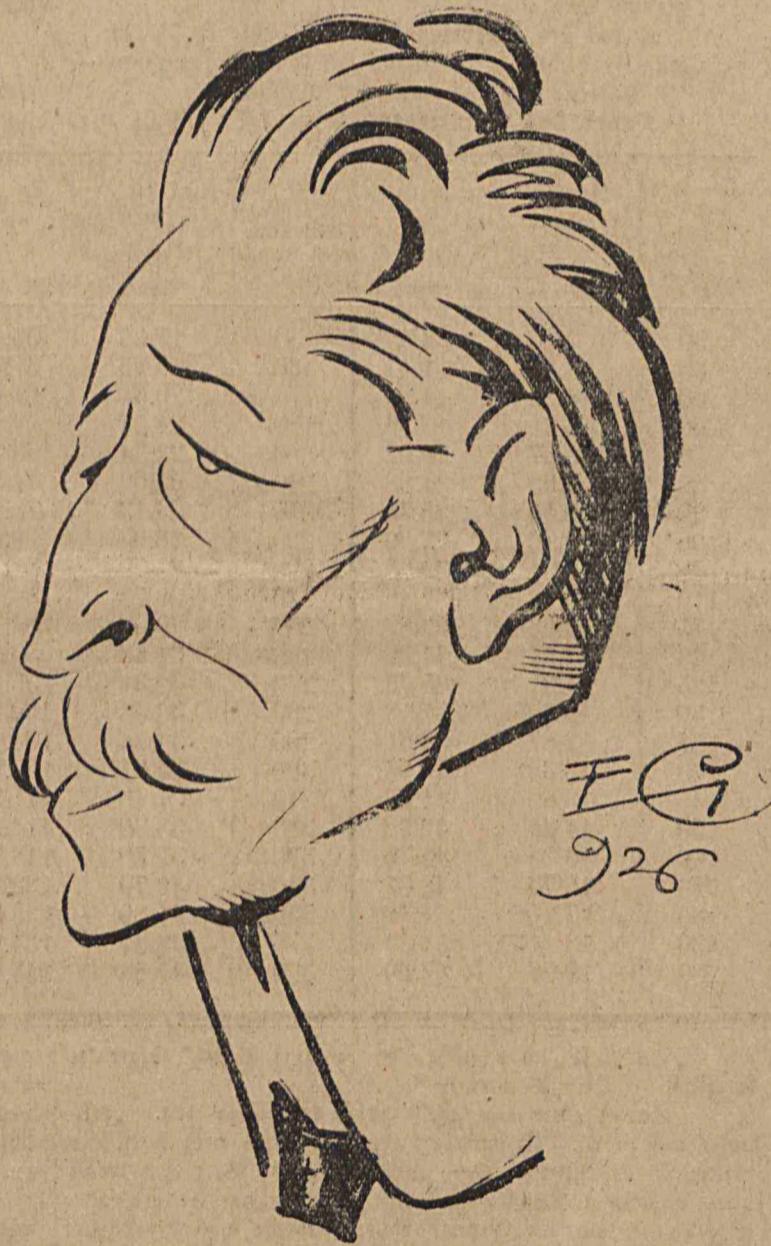
Bevölkerung für jeden 8. galt. Der geringere Sterbefall der jüdischen Bevölkerung ist jedoch nicht auf die Rasseneigenheiten zurückzuführen. Dr. Sterling erklärt, daß diese Rasse in ihrer Körperbeschaffenheit nichts bietet, was in der geringeren Verbreitung der Schwindsucht eine Rolle spielen könnte. Wenn aber die Juden einen kleineren Prozentsatz der Sterblichkeit aufweisen, so teilen sie diese Eigenschaft mit den Nachkommen aller derjenigen Menschen, die schon seit Generationen in den Städten ansässig sind.

Weiter bespricht der Autor eingehend die Ursachen der Verbreitung der Tuberkulose. Es sind: 1) die schlechten Wohnungsverhältnisse, 2) die Unterernährung, 3) die ungünstigen Arbeitsverhältnisse, 4) der Alkoholismus.

Um eine Verbreitung der Tuberkulose sicher zu unterbinden, gibt Dr. Sterling folgendes Programm: Im Bereich der sozialen Hygiene.

- 1. Errichtung gesunder Wohnungen für die ärmere Bevölkerung.

Aus der Karikaturenmappe.



Ing. Artur Hausner (P. P. S.) Abgeordneter, gegenwärtig Vizeminister im Ministerium für öffentliche Arbeiten.

- 2. Zwang zum Melden von jedem Schwindsuchtsfall, sofern er der nächsten Umgebung gefährlich ist.
- 3. Zwangsweise Einführung von Gesundheitszeugnissen für die Personen, die in die Ehe eintreten.
- 4. Einführung eines Arbeitsschutzgesetzes gegen die Schädlichkeit der Tuberkulose.
- 5. Zwangsweise Versicherung im Falle einer Arbeitsunmöglichkeit infolge Schwindsucht.
- 6. Desinfizierung von Wohnungen und Gegenständen der Tuberkulosekranken, der nach dem Spital überführten und nach Todesfällen.
- 7. Kontrolle derjenigen, welche zur Verbreitung der Bazillen beitragen (Ammen, Hausbedienung, Lehrer, Schulkinder, Fleischer, Bäcker usw.)
- 8. Kampf mit der Viehseuche.

Im Bereiche der persönlichen Hygiene.
1. Bazillenvertilgung in der Umgebung des Kranken.
2. Isolierung von Kranken im Hause und im Spital.
3. Unschädlichmachung von Bazillen in den Speisen.
4. Belehrung der Bevölkerung über die Art und Weise der Bazillenbekämpfung.

Erwähntes Programm analysierend, bestimmt Herr Rossel die Aufgaben der Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Bekämpfung der Tuberkulose und weist darauf hin, daß die Stadt zur Inangriffnahme der Bauaktion im großen Stile berufen sei, um das schädliche Wohnungsübel zu mildern. Zu den Aufgaben der Stadt gehört gleichfalls die Desinfektion von Wohnungen und Gegenständen der Schwindsüchtigen. Eine wichtige Forderung, schon aus Rücksicht auf den Schulzwang, ist der Schutz vor der Tuberkulose, Kontrolle des Gesundheitsstandes der Lehrer und Schüler in den Volksschulen.

In Lodz erfüllt diese Aufgaben die städtische Sektion zur Tuberkulosenbekämpfung sowie die muster-gültige Untersuchungs- und Heilanstalt.

Der Autor endigt sein interessantes Werk mit den Worten: Die Aufgaben der Stadt sind zahlreich und schwierig. Die Schwierigkeiten jedoch, auch die allergrößten, sollen das Bewußtsein nicht trüben, daß der Kampf mit diesem gefährlichen Uebel eine Notwendigkeit, ja sogar eine ernste Pflicht bildet. Man muß zur Verbreitung dieses Bewußtseins streben.

Aus Horthy-Ungarn.

Die Macht der geheimen Gesellschaften.

(U.A.). In der Nationalversammlung ist vor einigen Tagen gegen den Ministerpräsidenten Grafen Bethlen die Anschuldigung erhoben worden, daß er Mitglied einer der geheimen Gesellschaften sei, die in Ungarn tatsächlich die Macht ausüben. Markgraf Pallavicini, der diese Anschuldigung gegen Bethlen ausgesprochen hat, gilt als so guter Kenner der ungarischen Zustände, daß man seiner Behauptung immerhin Beachtung schenken mußte. Bethlen hat seinerseits erklärt, er sei bereit, gegen die geheimen Gesellschaften im Lande vorzugehen, was in Regierungskreisen als eine vollständige Aenderung der Regierungspolitik bezeichnet wird, womit eigentlich die innerpolitische Lage auf das schärfste beleuchtet ist.

Nummehr veröffentlicht „Esti Kurier“ Enthüllungen über die berüchtigte Geheimorganisation „Blutbund des Doppelkreuzes“, aus deren Reihen die verschiedenen Attentäter hervorgegangen sind, die bisher zum Teil unaufgeklärte und unbestrafte Verbrechen begangen haben. Der Informator des Blattes teilt über die geheimen Organisationen mit, daß dem „Blutbund des Doppelkreuzes“ alle übrigen geheimen Gesellschaften in Ungarn untergeordnet sind. Dieser Blutbund sei die eigentliche Nebenerregung im Lande. Er habe eine solche Macht in den Händen, daß er von heute auf morgen eine nach Hunderttausenden zählende Menge mobilisieren könnte. In der Leitung der Gesellschaft befinden sich hochgestellte Persönlichkeiten, das Haupt der Organisation ist ein aus fünf Mitgliedern bestehendes Direktorium. Es könne in Ungarn kein politischer oder irgendwie mit der Politik zusammenhängender Personenwechsel stattfinden, den der „Blutbund des Doppelkreuzes“ nicht gutheißt. Die Tätigkeit des Blutbundes ist geheim. Ministerposten zu übernehmen sei den Mitgliedern des Blutbundes im allgemeinen untersagt. Eine der Aufgaben des Blutbundes sei, einen neuen gesellschaftlichen Umsturz in Ungarn zu verhindern, zu welchem Zwecke die Mitglieder des Blutbundes militärisch organisiert sind.

Die Drohung des Grafen Bethlen mit einer Auflösung der geheimen Organisationen werde vom „Blutbund des Doppelkreuzes“ nicht gefürchtet. Die Regierung könne zwar einen derartigen formalen Beschluß fassen, es würden aber die Hände zu seiner Durchführung fehlen.

Aus Mussolinien.

Der Nord wird nicht, die Kritik wird bestraft.

Die italienischen Sozialisten Vacirca und Tonello wurden der italienischen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt, weil beide, Vacirca in Newyork, Tonello in Lugano, in den Zeitungen, die sie herausgeben, das heutige italienische Regime „berleumdet“ und das Ansehen Italiens im Ausland geschädigt hätten. Das Vermögen Vacircas wurde konfiszieren, während das Vermögen Tonellos nur auf zwei Jahre beschlagnahmt worden ist.

Der bestrafte Kriegsgegner.

Der bürgerlichen Presse in Amerika schlägt das Gewissen. Während des Krieges gab es in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht ein einziges Blatt, das nicht Gift und Galle gepien hätte gegen den Sozialdemokraten Eugene V. Debs, weil er versucht hatte, die öffentliche Meinung von dem Eintritt Amerikas in den Krieg gegen Deutschland zurückzuhalten. Damals war die ganze Öffentlichkeit durchaus einverstanden mit der Verurteilung Debs zu langjähriger Gefängnisstrafe. Heute, nach-

Dem inzwischen Debs' Begnadigung erfolgt ist, lesen wir in der „New York World“ wörtlich: „Seht ihm sein Bürgerrecht zurück! Die meisten von uns allen werden die Bemühungen unterstützen, die im Gange sind, um den Präsidenten Coolidge davon zu überzeugen, daß Eugene V. Debs wieder in sein Bürgerrecht eingesetzt werden muß. Die Einkerkelung des Debs war ein entehrendes Kapitel in unserer Geschichte.“

Wie immer man das während des Krieges betrachten mußte, jetzt kommen wir um die Tatsache nicht herum, daß die Tat, wegen deren Debs verurteilt wurde, keinesfalls ein Verbrechen war, sondern eine politische Tat.“

Nachdem die Kriegesurie endlich verschwunden ist, schämt sich das amerikanische Bürgertum des an Debs begangenen Unrechts, ziert sich aber noch, es dadurch öffentlich einzugestehen, daß es dem „Kriegsfürder“ sein Bürgerrecht wiedergibt. Die Verurteilung ging schneller vonstatten.

Der Kulturkampf in Mexiko.

Nach einer Meldung aus Mexiko geht der Kampf in der Religionsfrage weiter. Die Mariotten des französisch-englischen Instituts sind verhaftet worden und sollen ausgewiesen werden. Sechs italienische und sechs spanische Ordensangehörige sollen an die Grenze gebracht worden sein.

Weltwanderungskongress.

Am 18. bis 21. Mai d. J. findet in London ein vom Internationalen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale gemeinschaftlich aberaumter Weltwanderungskongress statt.

An diesem Kongress werden Vertreter aller dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen, der Internationalen Berufsekretariate und der Sektionen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale teilnehmen, ferner sind die Arbeiterbewegungen folgender Länder zur Teilnahme eingeladen: Aegypten, Australien, Britisch-Guiana, Britisch-Indien, Estland, Finnland, Griechenland, Irland, Japan, Kuba, Mexiko, Neu-Seeland, Nieder-Indien, Norwegen, Südafrika, Tschechoslowakei, West-Indien.

Der Kongress wird sich mit dem Problem der Arbeiterschaft und die damit zusammenhängenden Fragen sowie mit der Frage der Schaffung einer internationalen Organisation zur Regelung dieser Fragen befassen.

Vormarsch der dänischen Sozialdemokratie.

Das Jahr 1925 hat der dänischen Sozialdemokratie einen neuen Zuwachs von 22 sozialdemokratischen Vereinen mit 3293 Mitgliedern gebracht. Die Partei zählt danach 999 sozialdemokratische Vereine mit 146496 Mitgliedern, die alle persönlich angeschlossenen sind. Das heißt, daß die Partei stärker als je ist. Von den 999 Vereinen befinden sich etwa 100 in den Städten, die übrigen 900 in den Landgemeinden. Da die Gesamtzahl der Landgemeinden knapp 1300 ist, bedeutet dies, daß die sozialdemokratische Organisation in ungefähr drei Viertel der Landgemeinden eingedrungen ist.

Mag auch die Liebe weinen.

Roman von Fr. Lehne.

(9. Fortsetzung.)

„Das hat doch mit uns nichts zu tun.“

„Du stellst dir alles viel einfacher vor, als es die Tatsachen erfordern, Maria. Glaube mir, ich habe viel gelitten.“

Er atmete schwer und strich sich mit einer fast koketten Gebärde das Haar aus der Stirn.

„Aber an das, was ich habe leiden müssen, hast du wohl nicht gedacht — immer nur du — deine Person — doch das bin ich ja gewöhnt.“ Sie sprach mit tiefer Bitterkeit.

„Willst du mir Vorwürfe machen?“ fragte er leicht gereizt.

„Nein! Deshalb bin ich wahrhaftig nicht gekommen! Aber ich will wissen, ob das wahr ist, was mir dein Bruder gesagt und was du mir geschrieben hast.“

„Maria, höre, und lasse dir erklären —“

„Ottolar — ja oder nein. Daß doch alle Umschwüel! Gib mir kurz und bündig Antwort — weiter will ich ja nichts. Hast du das, was dein Bruder ausgeklügelt hat, auch zu deiner Meinung gemacht — ist unsere Ehe ungültig?“

„Maria, denke an Erich, der —“

„— groß und alt genug ist, zu erfahren, was man seiner Mutter und ihm antun will!“ fiel sie ihm ins Wort. „Er ist verständlich über seine Jahre, da der Ernst des Lebens seine Jugend so früh beschwert hat.“

„Ich glaube es, Maria, und bedaure es. Erich soll reichlich entschädigt werden. Lasse dir sagen, Maria: mein Vater war sehr schwer leidend, ich sagte es dir ja bereits, jetzt ist er zum Glück wieder außer Gefahr — aber er wollte in jener kritischen Zeit sein Haus bestellt wissen. Und da gab es so vieles zu bedenken!“

Von den Mitgliedern sind 100356 Männer und 46140 Frauen. Ein Drittel der Mitglieder sind also Frauen, obgleich in Dänemark keine besonderen Frauenorganisationen in der Partei bestehen.

Der Zuwachs von etwa 3300 Mitgliedern würde in allen Fällen als gut zu bezeichnen sein. Wenn man aber die besonderen Verhältnisse des Jahres 1925 berücksichtigt, ist das Resultat einfach vorzüglich. Man muß sich nämlich erinnern, daß ein Drittel der organisierten Arbeiter drei Monate hindurch (vom März bis Juni) von einer Riesenaußsperrung betroffen war, die selbstverständlich alle Arbeiter aufs schwerste belastete, und daß Dänemark danach die letzten drei Monate des Jahres 1925 unter einer furchtbaren Arbeitslosigkeit gelitten hat, die über 25 Prozent der organisierten Arbeiter ihres Einkommens beraubte.

Trotz dieser Tatsache und obgleich die Gegner rücksichtslos alles ausgenützt haben, um die sozialdemokratische Minderheitsregierung zu bekämpfen, ist die erfreuliche Antwort der Arbeiterschaft 3300 neue Mitglieder für die Sozialdemokratie. Die ersten zwei Jahre der sozialdemokratischen Regierung zeigen einen Zuwachs für die sozialdemokratische Partei von 15225 Mitgliedern.

Wieviel Miete zahlen wir für das 2. Quartal 1926?

Auf Grund des Mieterschutzgesetzes werden die Mietzinsätze für das zweite Quartal, d. h. für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni, um 6 Prozent erhöht. Es sind also zu zahlen, außer für Einzimmerwohnungen, welche laut Sejmbeschluss keinen weiteren Erhöhungen mehr unterliegen:

- 1) Für Einzimmerwohnungen (1 Zimmer und Küche oder nur 1 Zimmer) — 43 Prozent der Grundmiete. Da der Vorkriegsruhel mit 2 Zloty 66 Groschen berechnet wird, betragen 43 Proz. davon — 1 Zl. 14,38 Gr. Bei Einzimmerwohnungen müssen also für jeden Rubel der Vorkriegsmiete 1 Zloty 14,38 Groschen bezahlt werden.
2) Für Wohnungen, bestehend aus 2 oder 3 Zimmern nebst Küche — 54 Prozent der Grundmiete. Laut diesem Satz ist 1 Rubel der Vorkriegsmiete = 1 Zl. 43,64 Gr.
3) Für Wohnungen, bestehend aus 4 bis 6 Zimmern — 59 Prozent der Grundmiete. Danach ist 1 Rubel der Vorkriegsmiete = 1 Zl. 56,94 Gr.

4) Für Wohnungen, bestehend aus 7 Zimmern und mehr, sowie für Handels- und Industrielokale bei einer Vorkriegsmiete bis 600 Rbl. — 64% der Grundmiete, oder für

1 Rubel der Vorkriegsmiete = 1 Zl. 70,24 Gr.

Die Zuschlagsgebühren für Schornsteinreinigung, Müllausfuhr, Hauswärter, Wasserbeforgung werden (in einer Höhe von 8—10 Prozent) nur noch bei Einzimmerwohnungen, da diese Mietern noch nicht 50 Prozent der Vorkriegsmiete erreicht haben. Die Wohnungsinhaber der größeren Wohnungen, für die die Miete bereits über 50 Prozent beträgt, können nur noch zur Tragung der Ausgaben für Wasserbeforgung und Müllausfuhr herangezogen werden, was 2 bis 3 Prozent der Miete ausmachen dürfte.

Da die Berechnung der Miete gewöhnlich große Scherereien mit sich bringt, wollen wir unseren Lesern in nachstehender Tabelle einige Beispiele anführen:

Table with 10 columns: Wenn die jährliche Miete vor dem Kriege betrug Rbl., Für eine Einzimmerwohnung 43% der Grundmiete (1 Monat, 3 Monate), Wenn die jährliche Miete vor dem Kriege betrug Rbl., Für eine Zwei- bis Dreizimmerwohnung 54% der Grundmiete (1 Monat, 3 Monate), Wenn die jährliche Miete vor dem Kriege betrug Rbl., Für 4-, 5- und 6-Zimmerwohnungen 59% der Grundmiete (3 Monate), Wenn die jährliche Miete vor dem Kriege betrug Rbl., Wohnungen von 7 Zimmern an, Handels u. Industrielokale bis 600 Rbl. Vorkriegsmiete 64%.

„Du bist aber nicht der einzige Sohn.“ sagte sie langsam. „Dein Bruder —“
„Daran eben liegt es!“ warf er hastig ein. „Rädiger will nicht. Er würde lieber auf alles verzichten, als meine Stelle einnehmen — aus Prinzip! Bei ihm muß alles nach dem Buchstaben gehen: ich bin der Ältere, also liegt es mir ob, die Interessen der Familie wahrzunehmen, Sein Starrsinn ist nicht zu brechen; was es mich kostet, danach fragt er nicht, und gerade, weil er weiß, daß ich mit dir —“
„Ah, also an ihm liegt es.“
„Ja, hauptsächlich an ihm, Maria, sein Stolz kennt keine Grenzen, er beherrscht alle, sogar den Vater; auch seine Mutter muß sich ihm fügen.“
„Und du?“
„Ich gleichfalls. Und noch eins, wir Allwördens sind nicht so reich. Du staunst, machst ein ungläubiges Gesicht. Nun, man kann hier den bürgerlichen Maßstab nicht anlegen. Rädiger ist sogar angewiesen, eine reiche Heirat zu machen.“
„Natürlich, auch standesgemäß.“ bemerkte sie voller Sohn.
„Möglichst aus färslichem Geblät.“ er lächelte wehmütig, nachsichtig, „ah, wenn du ihn kennst, Maria — wie er gegen dich sprach! Und darum, ich bitte dich, sieh es ein.“ er nahm ihre Hand, „es geht nicht anders — auch in deinem und in unserer Kinder Interesse — gib nach! Es wird für euch ausreichend gesorgt werden, und du wirst es von jetzt an gut haben, besser als bisher.“
Hastig entzog sie ihm ihre Hand.
„Nein. Ich kann nicht. Eben, weil ich an unsere Kinder denke. Wären die nicht — für mich wäre ich wahrhaftig stolz, mich hier vor dir so zu demütigen — deshalb verlange ich —“
Sie unterbrach sich; man hörte vor der Tür eine laute, harte Stimme, das Aufstoßen eines Kräftstodes — Marias Herz klopfte doch unwillkürlich ängstlicher, als jetzt der alte Graf in Rädigers Begleitung hereintam, und we-

nige Augenblicke danach auch eine ältere und eine junge Dame; dies war Bella, die sich umgekleidet und in ein brennend rotes, phantastisch gearbeitetes Gewand gehüllt hatte. Fremd und reizvoll sah sie aus, wie eine seltene, exotische Blume.
Ottolar atmete erleichtert auf; hier erhoffte er Hilfe und Beistand. Bald hatte sich Maria gefaßt, und ohne Befangenheit ertrug sie die auf sie gerichteten, musternenden Blicke. Das junge Mädchen fiel ihr auf durch die ungenierte und geringschägige Art, mit der es sie betrachtete; Maria sah eine versteckte Feindschaft, einen beleidigenden Hochmut.
Das war also Maria Bielberger, dachte Bella, diese blaße, verhärmte Frau mit den dunklen, stechenden Augen, in dem unmöglichen Regenmantel und dem Rodenhut! Sie lächelte in sich hinein; nein, diese Kivalin hatte ihre junge, gepflegte Schönheit nicht zu fürchten.
Maria erwartete eine Anrede. Fest hielt sie die Hand des Knaben in der ihrigen.
Der alte Graf Allwörden räusperte sich:
„Ich hörte soeben, daß Sie gekommen sind, Madame, leider auch, hm, daß Sie sich weigerten, unsere Vorschläge anzunehmen.“
„Das tue ich auch heute noch, Herr Graf.“ entgegnete sie mit feier Stimme.
„Ja, ich bitte Sie, was wollen Sie denn, Madame Bielberger?“
„Ich nenne mich Gräfin Allwörden!“ bemerkte sie mit starker Betonung des Namens, und die Röte des Unwillens stieg ihr ins Gesicht, „und dieser, mein Sohn, ist Ihr Enkel, Herr Graf.“
„Dies ist anmaßend!“ zischelte Bella so deutlich, daß Maria es hören mußte.
„Anmaßend finden Sie es, wenn ich mich bei meinem Namen nenne?“ Maria heftete groß und ruhig den glänzenden Blick auf das Mädchen, das sich erlaubte, ihre Worte zu kritisieren.

(Fortsetzung folgt.)